



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/62 - 14.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber: 039 890

| | |
|---|------|
| Ein geschwätziger Staatssekretär | S. 1 |
| Frankreich und Indochina | S. 2 |
| Um die politische Freiheit an der Saar - | S. 5 |
| Deutsche Sozialdemokraten stellen Zulassungs- | |
| antrag | S. 7 |
| Ein Flüchtlingsbetrieb kämpft um seine Existenz | S. 9 |
| <u>Anhang: Zum Frauentag 1952</u> | |

Hallstein am Ural

P.R. Aus Washington liegt ein Dementi jener törichten oder, wenn man will, leichtfertigen Äußerung des Staatssekretärs Hallstein vor, das Endziel der Politik des Westens müsse die Vereinigung Europas durch Zusammenschluß aller Teile des Kontinentes bis zum Ural sein. Der Bericht stammt von Reuter, der unbestritten seriösesten Agentur. In dem Dementi der deutschen diplomatischen Mission heißt es, Hallstein habe lediglich auf die Frage eines Journalisten, welche Bedeutung die europäische Integration für die Staaten östlich des Eisernen Vorhanges haben würde, geantwortet, er hoffe, sie werde eine attraktive Wirkung auf viele dieser Staaten haben. Kein Wort vom Ural also, der Reuter-Korrespondent hat es offenbar erfunden. Ein unglaubliches Dementi mehr.

Professor Hallstein ist in der Politik, mit allem Respekt gesagt, ein junger Mann. Er ist nach dem Urteil aller, die ihn kennen, eine Primus-Natur von großer Begabung auf manchem Sachgebiet, aber in politicis von einer Hilflosigkeit, die bisweilen abenteuerlich wirkt. Freilich ist bekannt, daß die Sehnsucht vieler Experten darauf gerichtet ist, gerade das zu können, was den Rahmen ihres Auftrages und ihrer Fähigkeiten überschreitet. Die Tatsache, daß er in Washington, sozusagen der Hauptstadt der westlichen Welt, sein darf - übrigens als Privatmann, wurde immer wieder betont -, daß man ihm als einem hohen Beamten der deutschen Regierung Aufmerksamkeit erweist, hat ihn offenbar verführt, zu glauben, er müsse nun auch in "weltweiter" Politik machen, etwas Ungewöhnliches sagen und so stand er plötzlich am Ural.

Was ist sachlich durch diese Eskapade geschehen? Professor Hallstein hat, gleichgültig ob er sich dessen bewußt ist oder nicht, in der USA zugunsten einer kleinen interventionistischen Richtung in der amerikanischen Politik eingegriffen,

wie sie zuletzt ihren peinlichen Ausdruck in den Tagebuch-Aufzeichnungen eines früheren amerikanischen Militär-Attachés in Moskau, des Generalmajors Robert W. Grow, fand, die in Frankfurt am Main in kommunistische Hände gefallen sind. Alle maßgebenden amerikanischen Stellen sind, vorbehaltlich des Ergebnisses der eingeleiteten Untersuchung, von diesen unverantwortlichen und scharfmacherischen Ausführungen abgerückt.

Staatssekretär Hallstein hat gleichzeitig den Sowjets Trümpfe in die Hand gegeben und damit gegen ein elementares Gebot jeder Außenpolitik verstoßen, einen erstzunehmenden Gegner nicht in eine Situation zu drängen, in der bei ihm die Neigung zu präventivem Ausbrechen wächst und nicht abnimmt. Er hat dies in einem Augenblick getan, in dem die Antwort der Westmächte auf die Moskauer Note vorbereitet wird, die nach allgemeiner Auffassung ernstester Überlegungen wert ist, unabhängig, ob man an die Aufrichtigkeit der sowjetischen Vorschläge glaubt oder nicht - einfach weil es zumindest entscheidend wichtig ist, den Sowjets nicht Handhaben für die Behauptung vom schlechten Willen des Westens zu geben.

Im vergangenen Herbst hat der Bundeskanzler zur Frage der Oder-Neiße-Linie in Berlin einen Vorstoß unternommen, der viele politische Beobachter durch die Wahl des Zeitpunktes und auch durch die Form der Erklärung unangenehm berührte. Auch die Erklärung des Professors Hallstein kann nach Inhalt, Form und Wahl des Zeitpunktes die außenpolitische Situation nur erschweren. Auch sie läßt wiederum den Verdacht aufkommen, daß das Interesse der amtlichen deutschen Außenpolitik an einem interalliierten Ausgleich über die deutsche Wiedervereinigung nicht so beherrschend sein kann, wie immer gesagt wird. Hinweise dieser Art pflegen mit Empörung zurückgewiesen zu werden. Wäre es nicht besser, die Anlässe zu solchen kritischen Bemerkungen zu vermeiden?

+ + +

Die "Times" zur Sowjetnote

"Die Note ist wichtig, weil sie eine beträchtliche Änderung der sowjetischen Politik seit der schicksalhaften Konferenz im Palais Rose, im April in Paris, letztes Jahr, darstellt. Damals schien die Sowjetregierung an der deutschen Einheit das Interesse verloren zu haben und wandte das Gewicht ihres Angriffs gegen die westliche Wiederaufrüstung und den Nordatlantikkpakt. Jetzt wird der Atlantikkpakt gar nicht erwähnt... Die Sowjetnote kompliziert die Dinge in vieler Hinsicht und darum wurde sie auch abgesandt. Sie kann unter Umständen die politische Meinungsverschiedenheiten in Frankreich und Deutschland verstärken und sie zielt offensichtlich darauf ab, die Wiederbewaffnung Westdeutschlands zu verhindern oder zu verzögern. Doch können die Westmächte es sich kaum erlauben, die Note unbeeirten abzuweisen."

+ + +

Ein Krieg ohne Ende

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Der Krieg in Indochina ist zur Zeit die schwerste Hypothek, die wirtschaftlich und menschlich auf der französischen Politik lastet. Solange die Kämpfe in Ostasien dauern und nicht nur eine jährliche Ausgabe von 500 Mrd. FFrs erfordern, sondern den Einsatz eines Großteiles des französischen Offiziers- und Unteroffizierskorps, sowie das jährliche Opfer eines Jahrganges der größten Offizierschule in Saint-Cyr, kann an einen erfolgreichen Aufbau der Europa dienenden französischen Verteidigungskräfte nicht gedacht werden. Immer zahlreichere Familien beklagen den Verlust eines ihrer Mitglieder. Schließlich kämpfen in Ostasien neben Kolonialtruppen und Fremdenlegionären über 70000 Franzosen aus dem Mutterlande. Die Verluste an Offizieren und Unteroffizieren sind verhältnismäßig höher als an Mannschaften.

In sämtlichen politischen Kreisen Frankreichs, fast ohne Ausnahme, möchte man den indochinesischen Leidensweg beenden. Der Weg zurück ist jedoch ebenso schwierig, wie der Weg zum Sieg. Bei den gegebenen französischen Transportmitteln würde die Evakuierung der Truppen mindestens ein Jahr in Anspruch nehmen. Ein Rückzug käme unter dieser Voraussetzung einer militärischen Katastrophe gleich. In Washington verlangt man zudem von Frankreich, seine Stellung in Ostasien zu halten, da man sehr wohl die internationale Bedeutung Indochinas für die westliche Welt erkennt. Als der verstorbene Marschall de Lattre de Tassigny von seinen amerikanischen Gesprächspartnern anstelle von Waffen und Flugzeugen den nötigen Schiffsraum zum Abzug der französischen Truppen forderte, stieß er auf noch schärfere Ablehnung.

Frankreich befindet sich in Ostasien in einer hoffnungslosen Sackgasse. An die Verteidigung nationalpolitischer Ziele in Indochina oder gar egoistischer Interessen denkt kaum jemand mehr. Die großen französischen Gesellschaften haben ihre Kapitalien mehrheitlich bereits in anderen Gegenden der Französischen Union investiert. Die mit Indochina nach Besiegung des Kommunismus verbleibenden

Bande sind die augenblicklich zu bringenden Opfer nicht wert. Man darf sich allerdings in diesem Zusammenhang fragen, weshalb man in Paris mit der Übertragung weiterer Vollmachten an die Regierung Viet Nams so vorsichtig ist. Einerseits handelt es sich dabei um eine alte Gewohnheit der französischen Verwaltung, in den ehemaligen Kolonien nur zögernd auf die alten Vorrechte zu verzichten, andererseits dürften auch strategische Erwägungen eine Rolle spielen, denn selbst die Regierung Bao Dai kann nicht als unbedingt zuverlässig gelten, zumal da sie sich teilweise auf wenig vertrauenswürdige Elemente stützt.

Für Frankreich gibt es nur zwei Lösungen der indochinesischen Frage: Eine direkte Verständigung mit dem Rebellenführer Ho Chi Min und eine Internationalisierung des Konfliktes mit der Hoffnung, über den Weg einer allgemeinen Verständigung in Ostasien zum Frieden zu kommen. An beide Möglichkeiten vermag man zur Zeit in Paris nicht recht zu glauben. Niemand weiß, wie eine Verständigung mit Ho Chi Min aussehen sollte. Auf der anderen Seite ziehen sich die Waffenstillstands-Verhandlungen in Korea nun seit langen Monaten hin. Man ist daher weiterhin zum hoffnungslosen Verweilen in der indochinesischen Sackgasse verurteilt und hält es für seine nationale und internationale Pflicht, eine Katastrophe zu vermeiden.

Rein theoretisch diskutiert man natürlich in Paris die Frage, ob durch eine vernünftige Politik der indochinesische Konflikt nicht hätte vermieden werden können. Bis zum Beginn des Krieges in Korea fand diese These besonders innerhalb der Linksparteien viele Anhänger. Inzwischen wurde aber die planmäßige kommunistische Störpolitik in Asien offensichtlich und man glaubt, Moskau und China hätten im Falle einer zunächst erfolgreichen französischen Verständigung mit Ho Chi Min nach neuen Wegen gesucht, um einen Konflikt heraufzubeschwören. Trotzdem gibt man in verschiedenen französischen politischen Kreisen, wieder hauptsächlich auf der Linken, der Regierung den Rat, für Nordafrika aus den Ereignissen mit Indochina eine Lehre zu ziehen. Bisher zeigte man sich jedoch hierzu nicht bereit, teilweise aus Verachtung für die arabische Welt, an deren Widerstandskraft man nicht glaubt, teilweise aus Rücksicht auf die Interessen der in Nordafrika lebenden Franzosen.

Saar-Hoffmanns Gegenschlag

(sp) Die Parteien, die heute das politische Gesicht des Saarlandes bestimmen, gerieten gleich nach ihrer Gründung in das Fahrwasser der französischen Politik. Sie empfingen ihren Auftrag nicht von den besonderen Bedürfnissen des Saargebietes. Sie sanken zu Durchführungsorganen Frankreichs herab, und dort, wo sich Regungen von Selbständigkeit und Auflehnung gegen die französische Bevormundung zeigten, sorgte der Hohe Kommissar und derzeitige Botschafter Grandval schon dafür, daß sie rechtzeitig ausgelöscht wurden. Die Freiheit der politischen Betätigung erhielten nur die Parteien und Gruppen, die sich von vornherein verpflichteten, Frankreichs Interessen an der Saar als die ihrigen zu vertreten.

Alle Welt kennt die unheilvolle Belastung, die daraus für die deutsch-französischen Beziehungen entstand und die geeignet ist, eine echte Integration Europas zu verhindern. Das hat auch unter dem Druck der deutschen Öffentlichkeit und des Bundestages sogar der Kanzler empfunden. Die ungelöste Saarfrage als stete Quelle von Trübungen soll nun auf der Tagung des Straßburger Europa-Rates am nächsten Mittwoch zur Sprache kommen. Wie es jetzt aussieht, wird man dem deutschen Bundeskanzler von französischer Seite eine Scheinlösung anbieten, die praktisch am gegenwärtigen Zustand im Saargebiet nichts ändert.

Was war und ist das Ziel der französischen Saarpolitik? Den status quo, die Ausgliederung des Saarlandes aus Deutschland für alle Zeiten, auch mit Zustimmung der derzeitigen Parteien des Saarlandes, festzulegen. Das Parteiengesetz, das Saar-Hoffmann dem saarländischen Landtag am Montag vorlegen wird, dient ausdrücklich dem Zweck, jede innere und äußere Bindung zum Deutschtum und zu Deutschland von vornherein als verfassungswidrig und staatsfeindlich zu diffamieren. Es gibt der Regierung Hoffmann geradezu unbeschränkte Vollmachten, selbstherrlich und ohne Rücksicht auf demokratische Grundsätze über die Zulassung neuer Parteien zu entscheiden. Dieses famose Parteiengesetz sichert den derzeitigen vom französischen Wohlwollen abhängigen Parteien des Saarlandes eine

fast unangreifbare Monopolstellung.

An dem Schicksal des Antrages von sieben deutschen Sozialdemokraten, deren freiheitliche und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, eine Deutsche Sozialdemokratische Partei im Saargebiet zu gründen, wird es sich erweisen, ob Hoffmanns Gegenschlag Erfolg haben wird oder nicht. Hier geht es um mehr, als um die Gründung einer neuen Partei - hier geht es um die Bereinigung und Sauberkeit des öffentlichen Lebens im Saargebiet, um die Anerkennung von politischen Grundfreiheiten, ohne deren Gewährung jede Lösung der Saarfrage ein fragwürdiger Torso bleiben muß. Der deutsche Bundeskanzler hat bei seinem Treffen mit dem französischen Außenminister Schuman nun die Gelegenheit, zu zeigen, wie ernst es auch ihm um die Wiederherstellung menschlicher und demokratischer Grundsätze an der Saar ist. Die bisherige Saarpolitik der Bundesregierung läßt freilich in dieser Hinsicht keine allzu großen Erwartungen zu ...

+ + +

Erklärung der SPD

Vom Vorstand der SPD wurde im Zusammenhang mit der Beantragung einer Deutschen Sozialdemokratischen Partei im Saargebiet erklärt, daß er diesen Schritt der deutschen Sozialisten an der Saar begrüßt, der notwendig war, um die sozialistische Idee nicht durch die separatistische Politik der jetzigen SPS-Führung zu diskreditieren.

Die SPD wisse, daß in der SPS Tausende von Sozialdemokraten mit den sieben Antragstellern sympathisieren und bereit sind, für den Verbleib der Saar bei Deutschland einzutreten.

Zur Wahrung des Ansehens der Demokratie in West-Europa sei es dringend erforderlich, daß die Bevölkerung an der Saar in Freiheit über ihr Schicksal entscheiden könne und daß das Recht des Siegers durch die demokratische Selbstbestimmung abgelöst werde.

+ + +

Deutsche Sozialdemokratische Partei
beantragte Zulassung im S a a r - Gebiet

xxx - Saarbrücken

Bei dem Innenministerium der Saar-Regierung wurde am Freitag, 14.März, vormittags, ein Zulassungsantrag für eine "Deutsche Sozialdemokratische Partei" eingereicht.

Mit diesem Schritt haben sich sieben Sozialdemokraten, die mit der einseitig frankophilen Saar-Politik der SPS-Führung nicht mehr einverstanden waren, von dieser Partei losgesagt. Der für die künftige Entwicklung der Sozialdemokratie an der Saar bedeutsame Entschluß wurde, wie die Antragsteller in einer Erklärung feststellen, aus der Sorge um die Zukunft des demokratisch-sozialistischen Gedankens gefaßt. Der Gründungsausschuß beruft sich auf den Art.7 der saarländischen Verfassung, der der Bevölkerung die in allen demokratischen Ländern üblichen Freiheiten zubilligt. Nach seiner Auffassung hat die einseitige Festlegung der Politik der an der Saar bestehenden Parteien zum Verzicht auf die energische Wahrnehmung der Interessen der Schaffenden geführt. Diese würden mit politischer Interesselosigkeit, Wahlenthaltung und Abgabe weißer Stimmzettel reagieren. Nur eine von den politischen und wirtschaftlichen Machthabern an der Saar unabhängige Sozialdemokratische Partei könne sich dieser für die Demokratie gefährlichen Entwicklung entgegenstemmen.

In der Erklärung wird weiter gesagt, daß die Deutsche Sozialdemokratische Partei sich zu den Grundsätzen der Sozialistischen Internationale bekennt. Sie erstrebt den Zusammenschluß der europäischen Völker, der nach ihrer Auffassung nur auf der Grundlage der völligen Gleichberechtigung aller Nationen und unter Wahrung der demokratischen Freiheiten einschließlich des Selbstbestimmungsrechtes erfolgen kann. Die Antragsteller stellen fest, daß sie auf dem Boden der saarländischen Verfassung stehen, deren freiheitliche Bestrebungen der Verwirklichung in Partei-, Presse-, Versammlung- und anderen Gesetzen bedürfen, die den Saarländern die gleichen demokratischen und rechtsstaatlichen Garantien gewähren, welche die Bürger der benachbarten demokratischen Länder genießen.

Sie halten es für einen selbstverständlichen Bestandteil dieser Rechte, daß vor der endgültigen vertraglichen Regelung die Zukunft der Saar von der Bevölkerung in aller Freiheit dokumentiert werden kann.

Die Deutsche Sozialdemokratische Partei will angesichts der im Herbst bevorstehenden Landtagswahl an der Saar ihre Tätigkeit baldmöglichst aufnehmen. Der Antrag ist von bekannten Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern unterschrieben, die teilweise ein Menschenalter lang Mitglieder und Funktionäre der Arbeiterbewegung sind.

Karl B e r g , Homburg, war Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft vor 1935 und wurde wegen seiner aktiven Tätigkeit, die er gleichzeitig als Funktionär der deutschen Sozialdemokratie ausübte, 1944 von den Nationalsozialisten verhaftet.

Fritz W i l h e l m , Neunkirchen, ist über 30 Jahre Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, war Führer des Schutzbundes im Kreis Ottweiler, ging 1935 mit seiner Familie wegen seiner sozialistischen Gesinnung in die Emigration nach Frankreich und ist jetzt noch Funktionär des Industrieverbandes Öffentlicher Dienst der Einheitsgewerkschaft an der Saar.

Willi K u h n e n , Saarbrücken, ist Geschäftsführer des Industrieverbandes der Fabrikarbeiter der Einheitsgewerkschaft und trat vor einiger Zeit - noch nicht 30jährig - der SPS als der ersten politischen Organisation bei.

Josef W a m b a c h , Merzig, ist Redakteur der Gewerkschaftszeitung "Die Arbeit" und war Vorsitzender der SPS-Ortsgruppe, Kreisrat- und Stadtratmitglied.

Erich N e u m a n n , Neunkirchen-Wellesweiler, war 2. Vorsitzender der Ortsgruppe des Industrieverbandes Bergbau der Einheitsgewerkschaft. Er trat nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft der SPS bei und war vorher nirgend politisch organisiert.

Fritz N i e b l i n g , Homburg-Beeden, war lange Zeit Vorsitzender der SPS-Ortsgruppe und ist seit über 40 Jahren Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

Peter de T e m p l e , Sulzbach, ist ebenfalls seit vielen Jahrzehnten Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

+ + +

Industrielle Ratten

R.D. Wer heute nach Boppard, dem ehemals verträumten kleinen Obst- und Weinstädtchen zwischen Bingen und Koblenz kommt, findet, daß auch dieser Ort an der industriellen Entwicklung der Nachkriegszeit teilgenommen hat. Er birgt in seinen Mauern die "Rei-Chemie", ein Waschmittelwerk, das aus Saarbrücken verlagert, heute etwa 1000 Menschen, insbesondere den Flüchtlingen dieser Gegend, eine neue Existenz gegeben hat. Aus 30 km Umkreis suchen sie in diesem einzigen Industrierwerk dieser Landschaft ihr Brot. An dem wachsenden Werk, einem noch unhomogenen Komplex alter und neuer Bauten, das sich eines guten Rufes wegen seiner sozialen Leistungen erfreut, nagen jedoch die Ratten.

Seit 1949 inserierte sein Besitzer in westdeutschen Zeitungen das Fabrikat dieser Werke - "Wascht mit Rei" - ein Waschpulver ähnlich vielen anderen. Das Inserat stand oft genug friedlich neben anderen, z.B. "Putz die Zähne mit Odol", und der Name "Rei", abgeleitet von Reinigung, war nach sorgfältiger Prüfung durch einen Patentanwalt, ob mit ihm nicht etwa Musterschutzrechte anderer Produzenten verletzt würden, gewählt worden. Aber später meldete sich doch jemand, der den Namen für sich reklamierte: Es war auf den Namen "Ray", abgeleitet vom englischen Blitz, in den Jahren vor 1939 eine Seife vertrieben worden. Das Geschäft war aber anscheinend nicht lohnend, denn seither hat es keine "Ray"-Seife mehr im Handel gegeben. Trotz der Verschiedenheit zwischen "Rei"-Waschmittel und "Ray"-Seife, nicht nur in ihrem Wortstamm, sondern insbesondere darin, daß das eine ein quicklebendes, absatzfähiges Erzeugnis, das andere ein ruhendes Tischkastenmuster war, erklärte sich "Rei-Chemie" zur Verständigung bereit. Die Forderung des Musterbesitzers betrug 5000,-M (fünftausend).

Ehe es jedoch zur Verständigung kam, wurde die Forderung auf 15000,-M erhöht und Klage eingereicht. Ein Düsseldorfer Gericht entschied zugunsten des Nicht-Produzenten von "Ray" - nicht über die Höhe und moralische Berechtigung der Forderung, sondern über die formale Schutzberechtigung des Musters "Ray". Nunmehr erhöhte der Musterinhaber seine Forderung auf 20000,-M (!) und es ist noch

nicht abzusehen, ob er sie nicht auf eine Million erhöht, ehe als letzte Instanz das Bundesgericht entschieden haben wird. Schon 200000,-M sind für den Betrieb ruiniös und es scheint auch der einzige Zweck dieser steigenden Forderungen, den Betrieb endgültig zu erledigen.

Wer kann aber an einem solchen Ruin interessiert sein? Oder ist der Inhaber des Musters so arm, daß er sich am Ruin dieses Werkes und der Arbeitslosigkeit dieser tausend Arbeiter restaurieren muß? O nein! Der Mann ist Dr. Ernst Schneider, Aufsichtsratsvorsitzender der Hein, Lehmann & Co. A.-G., der Hilgers A.-G., Generaldirektor der Lingner-Werke A.-G. Berlin und Düsseldorf, und der Kohlensäure-Industrie A.-G. Düsseldorf, Aufsichtsrat der Braunkohlenbergwerke Neurath A.-G. und Präsident der Industrie- und Handelskammer in Düsseldorf.

Die außerordentliche Diskrepanz zwischen der Forderung von zunächst 5000,-M und später 200000,-M, wobei, wie schon gesagt, das Ende der Steigerung noch nicht abzusehen ist, läßt einen merkwürdigen Wechsel des Standpunktes dieses eigenartigen Kammerpräsidenten erkennen. Die 5000,-M waren für ihn nur ein Taschengeld. Sie lassen ein Urteil über den objektiven Wert des Musters zu. Die 200000,-M aber zeigen deutlich das Interesse des Chemie-Industriellen an der Vernichtung eines konkurrenzdrohenden Werkes. Denn die Lingner-Werke, in denen dieser Kammerpräsident zugleich Generaldirektor ist, sind die Produzenten von "Odol" und ehemals "Ray". Aber das scheinen noch nicht alle Beweggründe für die Forderungen des Herrn Dr. Ernst Schneider zu sein. Nicht nur Lingner stellt in Düsseldorf, wo dieser Kammerpräsident residiert, Seifen und Waschmittel her und Lingner ist durch Waschmittel weniger betroffen als andere.

Inzwischen aber bangen nicht nur die tausend Arbeiter in Boppard und nicht nur die Geschäftsleitung der "Rei-Chemie", sondern ebenso die Stadtväter von Boppard und Handel und Gewerbe um die Existenz dieses Werkes, dessen Schicksal auch in der nächsten Instanz wieder bei einem Gericht in Düsseldorf liegt.